

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

Wahlprüfsteine Haus und Grund zur Landtagswahl 2023 in Hessen

Beantwortet von Dimitri Schulz, MdL

Vorbemerkung:

Für die hessische AfD stellen die eigenen vier Wände den perfekten Rückzugsort dar, sowie die beste Art der Altersvorsorge. Ein Haus oder eine Wohnung eines hessischen Bürgers darf nicht als Experiment dienen für Klimaschutz, Klimaneutralität, Energetische Sanierung, etc. Die Bürger in Hessen kennen ihre Bedürfnisse am besten.

Die Belastungen und Herausforderungen am Wohnungsmarkt sind dramatisch. Insbesondere staatliche Vorgaben sind dafür verantwortlich. Die AfD Hessen fordert die Grunderwerbsteuer auf Wohnungsneubau und Grundstücke zu streichen. Ministerpräsident Boris Rhein hat davon bisher lediglich gesprochen. An der Durchführung fehlt es bis heute.

Wohneigentum befreit den Bürger von der Mietzahlung. Es trägt zum Vermögensaufbau bei. Staatliche Wohnungsunternehmen sollten daher dazu verpflichtet werden, ihre Wohnungsbestände der Mieterprivatisierung zuzuführen. Jeder Mieter soll das Recht erhalten, auf Grundlage noch zu absteckender Rahmenbedingungen, die von ihm bewohnte Wohnung zu erwerben.

Fragenkomplex „Gebäudeenergiegesetz“:

Die AfD ist eine freiheitliche Rechtstaatspartei. Als solche lehnen wir das Gebäudeenergiegesetz GEG ebenso ab, wie dessen Verschärfung. Mit dem GEG werden Grundrechte wie das Eigentumsrecht massiv unterhöhlt. Es ist unverhältnismäßig und steht daher dem Grundgesetz entgegen.

Alternative für Deutschland

Landesverband Hessen

Im GEG wird eine maßlose Gängelung der Bürger festgeschrieben. Es bestimmt, mit welcher Technik („erneuerbare“ Energien) zukünftig Wohnraum zu beheizen ist. Die Verfasser des GEG bestreiten obendrein die Tatsache, dass es hierfür weder genug Strom (Wärmepumpen brauchen Strom), noch genügend Geräte oder entsprechendes Personal zum Einbau gibt.

Selbst wenn all dies für den Neubau zur Verfügung stehen würde, so ist die Sanierung des Wohnungsbestandes nach den Vorgaben des GEG vollkommen illusorisch. Weder die privaten Wohnungs- und Hauseigentümer, noch die Wohnungsunternehmen, haben hierfür die nötige Wirtschaftskraft.

Das GEG führt somit zu einer schleichenden Enteignung mit allen ihren negativen Folgen. Vernünftige Investitionen in Wohnungsbestände werden so unmöglich gemacht. Zustände wie in der ehemaligen DDR werden die Konsequenz sein.

Wir als AfD fordern daher die sofortige Streichung des GEG. Die Bürger und die Wohnungswirtschaft wissen besser, wie Wohnraum langfristig und energetisch sinnvoll zu bauen und instand zu halten ist als eine ideologiegetriebene Politik.

Fragenkomplex „Sanierungsrichtlinie“:

Eine Sanierungspflicht, egal ob auf Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene lehnen wir entschieden ab. Solche verpflichtenden Sanierungen können Eigentümer in finanzielle Schwierigkeiten bringen, die dazu führen, dass Eigentümer ihre Wohnungen oder Häuser verkaufen müssen. Wir sind der Ansicht, dass, wenn keine Gefahr im Verzug ist, jeder Eigentümer über sein Eigentum frei verfügen und bestimmen soll und darf. Wir möchten nicht, dass Themen wie Klimaschutz, CO₂-Neutralität, etc., auf dem Rücken der hessischen Eigentümer und Mieter ausgetragen werden. Genauer gesagt sollen für Eigentümer Anreize geschaffen werden, die diese ermutigen, ihre Wohnungen und Häuser wunschgemäß zu sanieren.